Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 1

Vorwort: Zum X. Jahrgang
Autor: Oehler, Hans

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

10. Jahrg. April 1930 Heft 1

Zum X. Jahrgang.

Mit diesem Heft tritt unsere Zeitschrift in das 10. Jahr ihres Erscheinens ein. Das soll uns weniger Anlaß zu einem Rückblick auf die Vergangenheit und das dort Geleistete oder Nichtgeleistete geben, als dazu, über unsere künftige Aufgabe nachzudenken.

Es liegt heute wie Stickluft über unserm öffentlichen Leben. Man soll nur reden und schreiben, was offiziell, von regierungs- und parteiwegen gebilligt und anerkannt ist. Alles Denken, das über das Bestehende und Hergebrachte hinausgeht, gilt als unerwünscht. Ein öffentlicher Zustand aber, der geistige Auseinandersetzungen scheut, trägt das Zeugnis seiner Unzulänglichkeit und Erneuerungsbedürftigkeit in sich selbst. Denn nur offene Aussprache vermittelt schöpferischen Antrieb und schafft neuen Kräften Raum. In ihrem Dienst zu stehen, wird nach wie vor hauptsächlichster Sinn und Zweck unserer Zeitschrift sein.

Schon bisher schloß die Neutralität die Gefahr politischer Vergleichgültigung unseres Volkes in sich. Aber sie bewahrte uns wenigstens vor der Notwendigkeit, in den großen europäischen Fragen und Auseinandersetzungen Stellung beziehen zu müssen. Heute ist das anders. Die Mitgliedschaft im Völkerbund hat eine Art Neutralisierung unseres politischen Willens zur Folge. Gleichzeitig legt sie uns aber die Pflicht auf, bei künftigen Streitfällen Partei zu ergreifen. Wollen wir unter diesen Umständen nicht um den Rest staatlicher Selbstbestimmung kommen, dann müssen wir dem politischen Geschehen außerhalb unserer Grenzen ungleich mehr Aufmerksamkeit schenken als bis dahin. Nur eigene Urteilsfähigkeit und eigenes politisches Wollen und Zielsetzen bieten uns heute die Gewähr, daß wir nicht bloßes Objekt, sondern Subjekt der Politik sind.

Sicherlich leisten wir auch weder unserm Land noch der übrigen europäischen Staatenwelt einen Dienst, wenn wir das übliche Verschleiern und Schönfärben der politischen Wirklichkeit mitmachen. Damit helfen wir nicht einen Ausweg aus der verfuhrwerkten Lage schaffen, sondern tragen nur dazu bei, ihn weiter zu verbauen. Heute muß man den Mut haben, um des Friedens willen nicht Ruhe und Friede um jeden Preis zu wollen. Vor allem den Mut zur Wahrheit. Den unmittelbar Beteiligten und in die Verhältnisse Verstrickten fällt das vielleicht schwerer. Wenn den ehemals neutralen Kleinstaaten eine zwischenstaatliche Aufgabe

zukommt, dann wäre es diese, den Mut zu haben, die Wahrheit auszusprechen und die Dinge beim Namen zu nennen.

Die innerpolitische Lage ist durch eine zunehmende Staatsverdrossenheit gekennzeichnet. Bald fordert man vom Staat das Unmögliche und ist ungehalten, wenn er es nicht leisten kann. Bald lehnt man sich gegen seine Allmacht auf und verlangt Befreiung vom Staat. Was aber der Staat als solcher, als Lebensform der Volksgemeinschaft, braucht und seinerseits zu fordern hat, darüber macht man sich wenig Gedanken. In den politischen Parteien gelangen die wirtschaftlichen und geistigen Bedürfnisse der einzelnen Volksschichten zu Ausdruck und Vertretung. Niemand aber vertritt den Standpunkt der Gesamtheit, das Interesse der Nation. Wahlen und Abstimmungen erfolgen unter Parteigesichtspunkten. Neue Gesetze und Verfassungsbestimmungen stellen unzulängliche Kompromißwerke dar.

Dieser Zustand löst mehr und mehr Gegenwirkungen aus. Besonders im heranwachsenden Geschlecht nimmt das Bedürfnis nach tatkräftigem Eingreifen in die öffentlichen Verhältnisse zu. Nur fehlt es vielfach an der unumgänglichen geistigen Vorarbeit. Schlagworte, die auf die Befriedigung von Tagesbedürfnissen abgestimmt sind, führen zu bloßen Festlegungen in ausgefahrenen Geleisen. Der Mangel einheitlicher Zielgebung hat Zersplitterung der Kräfte zur Folge. Nur erlebtes, nicht erlerntes Wissen vermittelt eben die schöpferische Vorstellung des organisch aus dem Bestehenden herausgewachsenen Zukünftigen. So tut uns heute Vertiefung mehr not als Verschärfung, Sammlung mehr als Sonderung, Weitung mehr als Verengung.

Das gilt auch für die Zusammenhänge, in denen unser Land mit seiner Umwelt steht. Wir bedürfen einer Weitung unseres Gesichtsfeldes, um Abstand von den eigenen Dingen und Maßstab für sie zu gewinnen. Dabei richten wir den Blick nicht über die Grenzen hinaus, um nachzuahmen, was dort vorgeht. Aber es erwächst uns aus dem Bewußtsein, vor gleiche Aufgaben gestellt zu sein, Anregung und Bestärkung und zugleich Ansporn zur Meisterung der eigenen Aufgaben auf eigene Art. Und schließlich bietet die Verbundenheit mit einem größeren Geschehen auch einzig die Gewähr, daß wir nicht abseits des Stromes lebendiger Entwicklung stehen bleiben, sondern als schöpferisches Glied der europäischen Staatengemeinschaft an deren Zukunft und Erneuerung mitzuarbeiten vermögen.

Ende März 1930.

Dr. Hans Oehler.